

Staatskanzlei*Information*

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung**Ja zum Gegenentwurf zur Volksinitiative der CVP „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“**

Solothurn, 16. September 2014 – Der Regierungsrat stimmt in seinem Schreiben an die Eidgenössische Steuerverwaltung dem Gegenentwurf zur Volksinitiative der CVP „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“ zu. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates hat den Gegenentwurf zur Volksinitiative ausgearbeitet und dazu die Kantone konsultiert. Der Regierungsrat stimmt dem Gegenentwurf zu, weil dieser - im Unterschied zur Initiative - auf die Definition der Ehe als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau in der Verfassung verzichtet.

Das eigentliche Ziel der Initiative war nicht, das Institut der Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren vorzuenthalten, sondern die Benachteiligung der Ehe gegenüber andern Lebensformen bei Steuern und Sozialversicherungen konsequent zu beseitigen. Ausserdem will sie an der geltenden gemeinsamen Besteuerung von Ehepaaren festhalten.

Der Regierungsrat lehnt die Individualbesteuerung ab, weil diese nur mit aufwändigen und komplizierten Korrekturmassnahmen zu sachgerechten Belastungsverhältnissen führt. Da sich die Zahl der Steuererklärungen um die Hälfte erhöht, steigt auch der Verwaltungsaufwand im gleichen Ausmass.

Deshalb ist es seiner Ansicht nach gerechtfertigt, in der Verfassung zu verankern, dass Ehepaare in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft bilden.